

# Rote Krähe

## BAUSTELLE UERDINGER BÜCHEREI

# VIEL WIND WENIG WOLLE

## CDU GANZ LINKS

Der Wandel der Zeit (oder ist es Zeitgeist?) lässt sich auch am Gesinnungswandel der CDU ablesen. In ihrem Ahlener Programm von 1947 vertraten sie noch geradezu sozialistische Thesen.

Seite 6

## KLIMASCHUTZ LIGHT

Das Klimaschutz-Konzept von SPD und Grüne ist halbherzig. Die wichtigsten Forderungen von Fridays for Future sind nicht in den Maßnahmen-Katalog übernommen worden.

Seite 3

## NEUES AUS DER ANSTALT

DIE LINKE. war immer dagegen, große Teile der Krefelder Verwaltung in einen „Kommunalbetrieb“ umzuwandeln. Immer mehr Mitarbeiterrechte werden eingeschränkt, Personalräten wird ein Maulkorb verpasst.

Seite 4

## MEERSCHWEINCHEN

WZ und Co berichten lieber von einem Meerschweinchen, das von der Feuerwehr gerettet wurde, nicht aber vom Gedenken an Hunderte Tote, die im Mittelmeer wegen unterlassener Hilfeleistung ertrunken sind. Wir waren dabei, als die Seebrücke Krefeld für die vielen Toten ein Zeichen gesetzt hat.

Seite 7

## FRAGEN EINER LESENDEN BÜRGERIN

Der Sommer ist von der Nachrichtenlage meist Sauregurkenzeit. Wohl dem, der das „Sommerloch“ dann gefällig zu füllen weiß.

Da ist dann die Anfang August in den Medien verbreitete Nachricht, dass der Antrag auf Landesförderung für den barrierefreien Umbau des Fischelner Rathauses wegen mangelnder Bewilligungsreife abgelehnt worden ist, für eine Kommune mit schwieriger Kassenlage, fatal. Es geht immerhin um einen Zuschuss von 90 % bei einer Gesamtsumme von 649.000 Euro.

Wenn dann gut 10 Tage später - wie aus heiterem Himmel - die Stadt mitteilt, dass die Mediothek „auf Initiative des Oberbürgermeisters Frank Meyer“ ab sofort wieder in der ehemaligen Uerdinger Bücherei eine kleine Bücherauswahl anbietet und es „die Idee einer provisorischen Ausleihe schon länger gegeben“ habe (so die WZ-online vom 14.08.2019), fragt man sich als teilnehmende ZuhörerIn und LeserIn nach mittlerweile 328 Montagslesungen des Arbeitskreises Erhalt der Bücherei Uerdingen (Stand: 26.08.2019):

**Warum erst jetzt und vor allem so?**

weiter auf Seite 2



**Fortsetzung von Seite 1**

Zur Erinnerung: Der Rat der Stadt beschloss im Mai 2013 unmittelbar vor dem 100-jährigen Jubiläum, die Uerdinger Bücherei im Rahmen der Haushaltskonsolidierung bei einem in der Gesamtbilanz völlig zu vernachlässigenden Einsparvolumen von jährlich 30.000 Euro zu schließen. Dies entgegen der bis dahin unstrittigen Förder- und Erhaltungsverpflichtung aus dem Vereinigungsvertrag zwischen Krefeld und Uerdingen aus dem Jahr 1929 und der öffentlichen Bekundung auf der zwischenzeitlich vom Netz genommenen Webseite der Uerdinger Bücherei, wonach die „Bücherei einen festen Platz im kulturellen Leben der Rheinstadt“ hat. Vor allem aber gegen den massiven Protest nicht nur der Uerdinger Bevölkerung. Die Programme mit den Leserinnen und Lesern in über sechs Jahren Montagslesungen unterstreichen nachdrücklich, wie breit und vor allem auch gesamtstädtisch die Initiative für die Eröffnung eines Quartierszentrums mit städtischer Medienausleihe im Gebäude der Bücherei aufgestellt ist.

DIE LINKE hat sich nach der Schließung u.a. in Rat und Bezirksvertretung Uerdingen wiederholt für einen Interimsentleihbetrieb ausgesprochen.

Auch der Rat der Stadt Krefeld hatte bereits in der Sitzung am 01.07.2014 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, DIE LINKE und DIE PARTEI-Piraten zur „Zukunft der Bücherei in Uerdingen“ u.a. mehrheitlich beschlossen, „zu prüfen, ob vorübergehend ein provisorischer Entleihbetrieb (mit dem Buchbestand der Krefelder Mediothek) im Erdgeschoss des Gebäudes Am Marktplatz 5 in Uerdingen eingerichtet werden kann, um die Zeit der konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungen zur Einrichtung eines Quartierszentrums überbrücken zu können.“

In einem Interview mit der rheinschau uerdingen (Ausgabe Winter 2016, S.5) erklärte Frank Meyer nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister, dass die Schließung

der Uerdinger Bücherei ein Fehler gewesen sei und unterstrich „wenn wir belebte und lebendige Stadtteile haben wollen, dann muss es auch eine gute Infrastruktur geben“ und „Einrichtungen, wo die Leute hingehen“. Einschränkend meinte er jedoch, dass man jetzt „das nicht so einfach wieder zurückdrehen“ könne.

Seit mehr als 5 Jahren steckt der Prüfauftrag unerledigt in der Pipeline.

Wenn nun in der Sommerpause ein Rollregal mit durchaus mit Bedachtsamkeit ausgewählter Krimiliteratur und anderer Belletristik sowie Kinderbüchern nach Uerdingen transportiert worden ist, mag dies ein – bescheidenes – Signal sein, aber wohl kaum überzeugender Beleg dafür, wie die Mediotheksleitung meint, dass „nachhaltig was passiert“ (WZ-online vom 14.08.2019).

Insbesondere ist ungeklärt, warum nicht längst daran gegangen worden ist, zu überlegen und zu realisieren, einen eingeschränkten Entleihbetrieb mit Buchbestand und Personal der Mediothek sowie anschlussfähigem Verbuchungssystem wieder zu etablieren, der mit geringfügigem finanziellem Aufwand darzustellen wäre.

Wenn jetzt während der Öffnungszeiten des Quartiermanagements, das zur Zeit im Erdgeschoss der ehemaligen Bücherei untergebracht ist, Bücher aus dem dortigen Bestand entliehen werden können, ist jedoch angesichts der bevorstehenden Komplettsanierung der Herbertzhäuser (Fassade, Austausch und Instandsetzung der Fenster sowie später der Innenräume) völlig offen, für wie lange.

Die bevorstehenden Baumaßnahmen werden nicht nur mit „möglicherweise Einschränkungen der Nutzung“ verbunden sein, wie die Stadt angekündigt hat, son-

dern voraussichtlich auch mit internem Umzug und Nutzung von Ausweichquartieren.

**Kernfrage bleibt aber, wie das künftige Medienangebot qualitativ von Bestand und Fachpersonal sowie Öffnungszeiten als integrierter Teil weiterer Nutzungen in einem Quartierszentrum im Gebäude der Bücherei ausgestaltet werden soll.**

Wenn der Oberbürgermeister, der gleichzeitig für die städtische Kultur zuständig ist, nach über sechs Jahren Betriebsschließung jetzt ankündigt, dass „auf Dauer wieder ein herkömmlicher Leihbetrieb“ angestrebt und „daran gearbeitet“ werde, bleibt das deutlich hinter den Erwartungen an ein klar erkennbares Konzept zurück.

Die Stadtbücherei Am Marktplatz 5 hat allerdings wieder einen Klingelknopf neben dem Gebäudeportal. Ob das dann ein Anfang „auf Dauer“ ist?



**Ursula Mende**

Sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Stadtplanung und Stadtanierung



**Service-Point Stadt Krefeld:  
Bei Ausleihe klingeln!**

# KLIMA NOTSTAND LIGHT

ÜBER KLIMA-KONZEPTE IN KREFELD

**Zwar sind wir in Krefeld diesen Sommer von Hitze-Phasen weitgehend verschont geblieben. Weltweite Phänomene wie die brennende Arktis oder der steigende Meeresspiegel zeigen jedoch, dass der Planet Alarmstufe rot anzeigt. Die Ausrufung des Klima-Notstandes in den Städten (in Krefeld der „Klima-Notfall“), initiiert durch die Jugendlichen von Fridays for Future, ist mehr als dringend. So wurden im Juli, im Rahmen des deklarierten „Klima-Notfalls“, einige Forderungen von Fridays for Future in ein mehrheitlich vom Rat verabschiedetes „Klima-Konzept“ übernommen.**

Dieses ist jedoch höchstens ein Klima-Konzept LIGHT. Mit der Dringlichkeit der Rettung unseres Planeten scheint es für die meisten im Rat nicht so weit her zu sein. Denn im selben Atemzug wurde Bebauungsplänen, die eine weitere Versiegelung von großen Flächen in Krefeld vorsehen, zugestimmt. DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld hatte sich dafür ausgesprochen, ALLE Forderungen von FFF in den Katalog

der Klimaschutz-Maßnahmen zu übernehmen, von denen z.B. eine ganz besonders wichtig ist: ... dass die „Versiegelung von Flächen (...) auf ein Minimum reduziert“ werden soll und versiegelte Flächen in Grünflächen und Parks umgewandelt werden sollen. Versiegelte Flächen in den Städten sind in hohem Maße dafür verantwortlich, dass sich die Städte erwärmen.

Doch im Klimaschutz-Konzept Light steht kein Wort über Reduzierung von Versiegelung, höchstens etwas über die Begrünung von Dächern. Und so wurden in besagter Ratssitzung Bebauungsplänen zugestimmt, die die Versiegelung von hektarweise Land vorsehen (z.B. der Gewerbepark Den Ham in Hüls). Nur wenige Tage bevor sich die SPD im Rat als großer Klimaretter inszenierte, stimmte ihr Krefelder Ratsvertreter Hengst im Regionalrat Düsseldorf mit für die Änderung eines Regionalplans, mit dem Ziel 71 ha große neue Wohnbauflächen auszuweisen.

Ironie: Von dieser Änderung des Regionalplans wäre auch die bürgerschaftliche Initiative Mallewupp e.V. betroffen, die viel für die Umweltbildung von Kindern tut. Im Klimaschutz-Konzept der SPD heißt es: „In Kooperation mit der Volkshochschule (...) und bürgerschaftlichen Initiativen wie

Mallewupp e.V. werden die bestehenden Angebote zur Umweltbildung und zum Thema Klimaschutz (...) ausgebaut.“ Gleichzeitig würde dieser Kinderbauernhof aber stark gefährdet, wenn der Bauträger „Stadwald Wohnungsbau“ gegenüber ein geplantes 37.000 Quadratmeter großes Wohnquartier auch umsetzt. Durch die Regionalplan-Änderung wird ein solches Vorhaben für den Bauträger jetzt tatsächlich möglich. Ute Meding vom Mallewupp-Vorstand: „Wir weisen auch darauf hin, dass das Gebiet um Mallewupp mit dem Biotop Holthausens Kull dem Landschafts-, Wasser-, und Gewässerschutz unterliegt sowie eine wichtige Rolle in der Stadt-Be- und Entlüftung spielt.“ (RP 24. Juli 2019)

## DIE LISTE DER KLIMASÜNDEN GEHT NOCH WEITER:

Schon länger protestiert DIE LINKE. Krefeld gegen das Gewerbegebiet an der A44 in Fischeln. Die Partei hat ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben, das belegt, dass es sich bei den 50 Hektar Land, die da versiegelt und bebaut werden sollen, um besonders fruchtbare und schutzwürdige Böden eines Wasserschutzgebiet handelt.

Eine weitere wirklich wirksame Maßnahme auf kommunaler Ebene, die der Bedrohlichkeit des Klimawandels für unseren Planeten wirklich Rechnung tragen würde und auch nicht im Klimaschutz-Konzept Light zu finden ist, ist die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs. Auf Bundesebene will sich DIE LINKE. für einen kostenlosen ÖPNV bis 2025 einsetzen, der vom Bund zu 90 Prozent bezuschusst werden soll, um die Kommunen zu entlasten. FFF fordert dazu, dass „das 365 Euro Jahresticket (...) nur eine temporäre Zwischenlösung (...) zum möglichst bald zu realisierenden kostenlosen Nahverkehr“ sein soll. Dies wäre eine Klimaschutz-Maßnahme, die auch in sozialer Hinsicht für die Menschen einen Durchbruch zu einem Leben mit mehr Teilhabe bedeuten würde.



**Julia Suermond**

Ratsfrau für die DIE LINKE. in Krefeld

# NEUES AUS DER

## „KOMMUNALBETRIEB KREFELD“ NACH FEHLSTART AUF KURS ... GEGEN MITARBEITERRECHTE

**DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld beobachtet die Entwicklung des Kommunalbetriebs Krefeld kritisch: Wir haben die Umwandlung städtischer Fachbereiche zu Teilen einer „Anstalt öffentlichen Rechts“ schon immer abgelehnt!**

Den Start im Juli 2019 bewerteten wir nach Gesprächen mit Angestellten des KBKs als katastrophalen Fehlstart (R.K. September 2018). Der Übergang von den städtischen Fachbereichen Umwelt und Tiefbau in Abteilungen des KBKs war schlecht vorbereitet gewesen, die bewährten Arbeitsabläufe bei der Grünpflege, Gründflächensanierung und bei Straßenbaumaßnahmen wurden wochenlang stark behindert.

DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld ist im Gespräch mit Beschäftigten des KBKs geblieben. Diese können nichts Positives berichten. Der KBK arbeitet demnach weiterhin unkoordiniert und versucht, die örtlichen Personalräte mundtot zu machen. Aber Klagen über schlechte Arbeitsbedingungen scheinen noch schwerwiegendere Ursachen zu haben.

### **BLOCKADE DER PERSONALRÄTE**

„KBK-Vorstand will städtische Personalräte blockieren“. Unter dieser Schlagzeile informierte der „Örtliche Personalrat Tiefbau“ im Mai 2019 (in „Die Wühlmaus. Infos des

ÖPR - Tiefbau“) über alarmierende Vorgehensweisen des KBK-Vorstands:

Städtischen Personalratsmitgliedern aus den Örtlichen Personalräten Umwelt und Tiefbau sei von ihren Vorgesetzten unter sagt worden, für die dem KBK beigestellten städtischen Angestellten noch ansprechbar zu sein. Diese Anweisung hätten die Vorgesetzten im Auftrag des KBK-Vorstandes den Beschäftigtenvertretern erteilt. „Die Wühlmaus“, bzw. der ÖPR Tiefbau hat diese Vorgänge als schwerwiegende Eingriffe bewertet:

„Der KBK mischt sich in Angelegenheiten ein, die zwischen der Dienststelle Stadt Krefeld und den städtischen Personalräten zu regeln sind. Er hintertreibt die von ihm unterzeichneten Verträge und versucht, die Örtlichen Personalräte mundtot zu machen. Und wer sich gegen die Personalräte als Interessenvertreter der Beschäftigten wendet, will damit immer auch die Beschäftigten treffen.“

### **DIE KBK-FÜHRUNG WIEGELT AB**

DIE LINKE. Ratsfraktion sieht diese Praktiken ebenfalls als Eingriff in die Rechte der städtischen Angestellten, erklärte dies öffentlich und stellte eine Anfrage an den Oberbürgermeister in der Sitzung des Rates am 21.05.2019. ([www.dielinke-fraktion-krefeld.de/nc/presse/detail/news/die-linke-kritisiert-unrechtmassige-blockade-der-personalraete-im-kbk-krefeld](http://www.dielinke-fraktion-krefeld.de/nc/presse/detail/news/die-linke-kritisiert-unrechtmassige-blockade-der-personalraete-im-kbk-krefeld)).

„Werden die örtlichen Personalräte im Kommunalbetrieb Krefeld in ihrer Arbeit beeinträchtigt?“ OB Meyer erklärte sich für nicht zuständig und leitete die Anfrage an den KBK weiter.

Auf eine ähnliche Anfrage des Gesamtpersonalrates der Stadt Krefeld hatte der OB seit dem 06.05.2019 nicht reagiert.

Am 12.06.2019 erhielt DIE LINKE. Ratsfraktion Antwort vom Vorstand des KBKs. Diese ging auch an den Gesamtpersonalrat. Helmut Döpcke, der Leiter des KBKs wies „strikt und ausdrücklich“ die „Behauptung“ zurück, dass es so eine Anweisung der Vorgesetzten an die Personalratsmitglieder gegeben hätte. „An keiner Stelle behindert der Kommunalbetrieb Krefeld die Personalvertretung bei der Wahrnehmung der Aufgaben.“ Herr Döpcke verweist u. a. auf den „im Kommunalbetrieb Krefeld gewählten Personalrat“ als ausschließlichen Ansprechpartner für alle MitarbeiterInnen im KBK bei Fragen, die nicht das arbeitsvertragliche Grundverhältnis betreffen. Der Leiter erwähnte nicht, dass dieser Personalrat im KBK für alle Beschäftigten aktuell nur aus EINER Person besteht, statt aus den gesetzlich vorgeschriebenen (Landespersonalvertretungsgesetz) neun.

Wir sehen Döpckes Antwort als unaufrichtige Abweigelei. Aber die Anweisung, nicht mehr für die städtischen Beschäftigten innerhalb des KBKs tätig zu werden, hatten die Vorgesetzten nur mündlich gegeben. So kann dies dem Vorstand schlecht bewiesen werden.

### **SITUATION IM SOMMER 2019**

Die MitarbeiterInnen sind eingeschüchtert und halten den Mund ... war das der Plan des KBK-Vorstands?

Im August sprach DIE LINKE. Ratsfraktion mit mehreren Beschäftigten über ihre aktuelle Situation im KBK. Nach deren Berichten sei die Auswirkung der mündlichen Anweisung im Frühjahr 2019 weiter spürbar. Viele Beschäftigte trauten sich nicht mehr, sich mit ihren Problemen und Sorgen an die Personalratsmitglieder zu wenden.

Die „Unzufriedenheit“ in der Belegschaft des KBKs sei bei den beigestellten KollegInnen aus den Fachbereichen Tiefbau und Grünflächen „riesengroß“.

Etlliche KollegInnen sind inzwischen zur Stadtverwaltung zurückgegangen oder haben sich einen neuen Job gesucht. Auf Stellenausschreibungen haben sich keine geeigneten städtischen BewerberInnen gemeldet. Woran das wohl liegen mag? So verliert der KBK insgesamt Personal und kann neue Stellen nicht besetzen.

### **DIE LINKE. KREFELD BLEIBT DRAN!**

Nach den Sommerferien wird es wohl spannend. Wie reagiert der Gesamtpersonalrat auf die Antwort der KBK-Führung?

**Werden sich unbequeme Beschäftigte bei den noch 2019 anstehenden Personalratswahlen innerhalb des KBKs zur Wahl stellen?**

**Wie entwickelt sich die Personalbesetzung im KBK?**

**Wird „Die Anstalt“ in absehbarer Zeit effektiv arbeitsfähig sein?**

DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld wird weiter im Rat der Stadt unangenehme Fragen stellen, wir werden auch den OB nicht aus der Verantwortung lassen.



**Stephan Hagemes**  
Ratsherr für DIE LINKE. in Krefeld

# ANSTALT

(ÖFFENTLICHEN RECHTS):

# MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS OHNE PLANWIRTSCHAFT?!

## DAS WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPROGRAMM DER NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN CDU [3. FEBRUAR 1947]

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs mit einem zerstörten Europa und Millionen von Toten, sahen die alliierten Besatzungsmächte die deutsche Industrie und Großkonzerne in ihren starken Verflechtungen mit dem Nationalsozialismus als eine große Gefahr an. Sie hatten dieses gigantische Verbrechen erst möglich gemacht.

Selbst eine konservative Partei wie die CDU musste vor diesem Hintergrund feststellen:

**„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.“**

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

CDU: Ahlener Programm 1947

In dem Programm wurden weiterhin Rufe nach teilweiser Vergesellschaftung der Großindustrie, stärkerer Mitbestimmung der Belegschaft, Einschränkung von Aktienbesitz, Ausbau des Genossenschaftswesens und Gemeinwohlorientierung laut.

Im sich ausbildenden Wettstreit der politischen Systeme zu Beginn des kalten Krieges sollte der im Kapitalismus steckende soziale Sprengstoff durch die von CDU Wirtschaftsminister Ludwig Ehrhards gepredigte Formel des „Wohlstands für alle“ entschärft werden. Unter dem Druck einer Neuorientierung musste explizit auch die Arbeiterschaft und der kleine Angestellte vom Wohlstand profitieren. Der nun von den wirtschaftlichen und politischen westlichen Eliten wieder aufgenommene Kapitalismus sollte diesmal sozial gebändigt werden.

### DER LINKE FLÜGEL DER CDU VERLANGTE EINE AUSRICHTUNG AUF EINEN „SOZIALISMUS AUS CHRISTLICHER VERANTWORTUNG“

Nur zwei Jahre später setzte sich aber Konrad Adenauer mit der Strategie der „sozialen Marktwirtschaft“ durch und weichte damit die oben geschilderten Forderungen des Ahlener Programms zugunsten des Kapitalismus wieder auf.

Als dann in den 80er Jahren der reale Sozialismus als Alternative ausfiel und nur noch der Kapitalismus übrig blieb, konnte unter

US-Präsident Ronald Reagan und Margret Thatcher, britische Premierministerin, der Weg zurück zum völlig enthemmten Kapitalismus angetreten werden, den wir heute als Neoliberalismus bezeichnen. Aus zweifacher Sicht war diese Entwicklung verheerend: Zum einen verfolgten Reagan und Thatcher unter anderem durch Kürzungen von Sozialprogrammen, Deregulierung, dem Ausbau von Niedriglohnssektoren und Privatisierungen lebenswichtiger Bereiche eine Politik zugunsten der oberen zwei Prozent.

Zum anderen begruben sie unter dem Motto „there is no such thing as society“ (M. Thatcher) den Gedanken der Solidarität der Menschen untereinander: Jeder ist auf sich gestellt und muss sich den Gesetzen des Marktes unterwerfen, in dem er sich selbst als Produkt anbieten und optimieren muss, jeder wird sein eigener Unternehmer: Geregelter Arbeitszeiten, Sozialleistungen, Ferienanspruch, Gewerkschaften und Schutz vor Arbeitsausfall werden somit zu einem Auslaufmodell. Eine Gesellschaft existiert nicht mehr, nur noch Individuen.

### ÜBRIG GEBLIEBEN SIND VOM AHLENER PROGRAMM NUR NOCH EIN PAAR EINSPRENGSEL:


Die geforderte Neuordnung des Verhältnisses von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch Tarifautonomie, Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung wird Stück für Stück filetiert und aufgeweicht, genauso die Sozialpflichtigkeit des Eigen-

# GEDENKEN AN DIE TOTEN IM MITTELMEER

tums (Art 14, Abs. 1 GG), also, dass Eigentum dem Gemeinwohl zugute kommen soll. Dies hat jüngst für Aufregung in der Vergesellschaftungs-Debatte um die Profitgier der „Deutsche Wohnen“ in Berlin geführt. Schon Karl Marx wusste:

**„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, [...] wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; [...] für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“**

Wer also von einem Linksruck der heutigen CDU spricht, dem sei die Lektüre des Ahlener Programms empfohlen.

 Frederik Groborsch  
Schulpolitischer Sprecher

## EIN PERSÖNLICHER ERLEBNISBERICHT ÜBER DIE GEDENKVERANSTALTUNG DER SEEBRÜCKE KREFELD

Samstag, 03.08. 2019, 11:10 Uhr. Ich komme an auf dem Platz vor der Dionysiuskirche anlässlich einer Veranstaltung der Seebrücke Krefeld gemeinsam mit der City-Seelsorge.

Auf dem Platz: zunächst ca. 40 Menschen. Obwohl es recht schwül ist und man bei jeder Bewegung schwitzt, tragen viele von ihnen Warn- und Rettungswesten in orange.

Ich werde versorgt mit einem Infotext über die Seebrücke Krefeld und dem allgemeinen Flyer der übergreifenden Organisation. Dann habe ich Zeit, mich umzuschauen. Die Treppe zum Südportal der Dionysiuskirche ist an der linken und rechten Seite bedeckt mit je einer orangefarbenen Stoffbahn. Darauf stehen brennende Kerzen und Grablichter, frische Blumen zieren die Stufen, und kleine Botschaften und Dekogegenstände machen die Mahnstätte fast persönlich. Darüber hängt das gerahmte Schwarz-Weiß-Foto eines im Wasser treibenden toten Flüchtlings. Quer über das Kirchenportal ist ein orangefarbenes Transparent gespannt mit der Aufschrift:

**„ WIR TRAUERN UM ALLE MENSCHEN, DIE AUF DER FLUCHT VOR KLIMAWANDEL, KRIEG, FOLTER ODER DISKRIMINIERUNG IHR LEBEN VERLIEREN. SIE STERBEN IM MEER, WEIL WIR IN EUROPA HILFE VERWEIGERN.“**

Es gibt Stellwände mit Fotos und Statistiken, die den Schrecken und die hohen Opferzahlen der ertrunkenen Menschen



gut dokumentieren. Wenn man noch gezweifelt hätte, wäre es spätestens jetzt klar: diese Menschen hätten gerettet werden können und müssen.

Nun ergreift eine Aktivistin der Seebrücke Krefeld das Wort.

Ich erfahre, dass die Versammlung, eine Mischung aus Kundgebung, Mahnwache und Totengedenken, anlässlich des kurze Zeit zurückliegenden Todes von über 100 Menschen stattfindet, die bei dem Versuch, einen rettenden europäischen Hafen zu erreichen, ums Leben gekommen waren.

Wieder drängt sich die überwältigende Sinnlosigkeit dieses Sterbens auf, die Absurdität, die in der ganzen Situation liegt:

**ZU STERBEN AUF DER FLUCHT AUS DER HEIMAT, DEREN WIRTSCHAFT VON INDUSTRIELÄNDERN FAST ZU GRUNDE GERICHTET WURDE, UM SICH EBEN IN JENEN INDUSTRIELÄNDERN EIN ÜBERLEBEN ZU SICHERN UND VON IHNEN IM STICH GELASSEN ZU WERDEN.**

Die Aktivistin spricht von der Selbstverständlichkeit, mit der sie und ihre Mitstreiter\*innen die Seebrücke Krefeld im September gegründet haben und sich regelmäßig treffen und z. B. auch zu Gedenktreffen an der Dionysiuskirche aufrufen, wann immer Menschen nicht gerettet werden, weil beispielsweise Retter\*innen behindert und kriminalisiert werden.

Am Schluss der Rede fordert sie dazu auf, sich in das auf einem Tisch liegende Kondolenzbuch einzutragen. Da dort bald Menschen Schlange stehen, spaziere ich ein wenig über den Platz, begrüße Bekannte und registriere mit

Freude, dass es letztendlich doch zwischen 70 und 100 Unterstützer\*innen geworden sind, die sich auf dem Dionysiusplatz eingefunden haben.

Ich sehe die Bürgermeisterin Gisela Klaer, die mit Aktivist\*innen spricht. Verschiedene andere Lokalpolitiker\*innen sind auch anwesend: z. B. ist Ratsherr Basri Cakir von der Partei DIE LINKE. mit seinem Sohn da. Der LINKE Ratsherr Stephan Hagemes, kam pünktlich auf seinem Fahrrad angebraust. Eltern mit ihren Kindern unterhalten sich, Passant\*innen gesellen sich dazu. Mitglieder vom Friedensbündnis und -chor begrüßen mich, und auch Vertreter\*innen des Sozialbündnis Krefeld und des „Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie“ sind anwesend.

Seebrücke-Aktivist\*innen bewegen sich durch die Menge, informieren, beantworten Fragen, diskutieren. Ich unterhalte mich mit einem von ihnen und gebe ihm meine Mailadresse, um Neues zu erfahren von regelmäßigen Treffen der Gruppe.

Kinder umringen nun den Tisch und malen Bilder ins Kondolenzbuch. Für manche Ungeheuerlichkeit gibt es keine Worte.



**Corinna Hinz**

Mitglied der Partei DIE LINKE. und des Friedenschors Krefeld

Die Seebrücke Krefeld trifft sich jeden 2. Donnerstag im Monat um 19:00 Uhr in den Räumen des Flüchtlingsrates, Bleichpfad 15c, 47799 Krefeld.

Die nächsten Termine:  
12.09. | 10.10. |  
14.11. | 12.12.  
2019

## JETZT WIRD ALLES BESSER? PODIUMSDISKUSSION RUND UM DIE ERFAHRUNGEN MIT DER KREFELDER MIGRATIONSBEHÖRDE

Nach den vielen Skandalen um die Krefelder Migrationsbehördewurde die Verwaltung im Fachbereich Migration neuorganisiert. Haben sich die Verhältnisse für die MigrantInnen verbessert und was muss sich ändern? Mit: Christoph Bönders vom Flüchtlingsrat, Albert Koolen vom Bündnis für Toleranz und Demokratie, Emilia Kupferschmidt von der Caritas und ein/eine VertreterIn der Stadtverwaltung.

**26 SEP 20:00 UHR  
EINTRITT: FREI**

Südbahnhof, Saumstraße 9, 47805 Krefeld

## WER HAT'S GEMACHT?

**Schreibfraktion:** Ursula Mende, Stephan Hagemes, Frederik Groborsch, Corinna Hinz und Julia Suermond

**Layout und Grafik:** herrje

**Redaktion:** Julia Suermond

**Impressum:** DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld  
Von der Leyenplatz 1,  
47798 Krefeld,  
Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband,  
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld,  
Tel. 02151-4461625

**dielinke-krefeld.de  
dielinke-fraktion-krefeld.de**

Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE.

Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE.

Gastartikel

**DIE LINKE.**